

Arbeitsprogramm des Behindertenpolitischen Netzwerks für die Ratsperiode 2014 bis 2020: Der 10-Punkte-Plan

1. Sicherstellung der finanziellen und personellen Ressourcen für die Erstellung des Dortmunder Inklusionsplans
2. Ratsbeschluss über einen Standard umfassend barrierefrei gestalteter Beteiligungsverfahren
3. Einrichtung eines Mobilitäts- und Begleitservice im ÖPNV
4. bevorzugte Förderung von Sportvereinen mit inklusivem Sportangebot durch den StadtSportBund aus den entsprechend zweckgebundenen kommunalen Mitteln
5. Sicherstellung der notwendigen Assistenz für das ehrenamtliche Engagement von Menschen mit Behinderungen
6. Einrichtung einer Koordinationsstelle für die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Behinderungen
7. Ausweitung des Behindertenfahrdienstes, um für alle Menschen die Nutzung des ÖPNV zu ermöglichen
8. positive Diskriminierung von Vereinen mit inklusivem Sportangebot bei der Vergabe von Hallen-Nutzungszeiten
9. Initiierung der Gründung eines Vereins von Frauen und Mädchen mit Behinderungen in Dortmund
10. Förderung der politischen Interessenvertretung von Menschen mit psychischen Erkrankungen

Themenspeicher:

- Winterdienst: Kostenloses / preiswertes Serviceangebot für Menschen, die ihren Verpflichtungen aus der Straßenreinigungssatzung aufgrund von Beeinträchtigungen oder Behinderungen nicht nachkommen können
- Verbesserung der Qualität
 - der Vermittlung von Adoptiv- und Pflegekindern, insbesondere der Information der Adoptiv- bzw. Pflegeeltern über den Hintergrund des Kindes und
 - der Begleitung von Pflege- und Adoptiveltern
- Sicherstellung der barrierefreien Nutzung des Nacht-Express (Rufsäule zur Leitstelle, dass der Bus das Hochbord anfährt – Informationen zur nächstgelegenen Haltestelle mit der Möglichkeit des ebenerdigen Einstiegs)
- Berücksichtigung der Aspekte Alter und Armut in Projekten inklusiver Sozialraumgestaltung
- Informationen für die Kund/innen über die Einstiegsstellen der Stadtbahn mit der geringsten Spaltenbreite an allen Stadtbahn-Bahnhöfen
- Sicherstellung der Rahmenbedingungen für die Erfordernisse aus der Änderung im Betreuungsrecht